

# Chronik Innenpolitik 2001

zusammengestellt von

Michael Schied

- 01.01. In einem Zeitungsbericht aus seinem Urlaubsort in Kumarakom (Kerala) bestätigt Premierminister A.B. Vajpayee, dass die Regierung beabsichtigte, die Ayodhya-Problematik auf dem Verhandlungswege zu lösen und dass der seit 1991 eingeschlagene Weg der Wirtschaftsreformen weiter verstärkt werde.
- 06.01. Premierminister A.B. Vajpayee lehnt das zwei Tage zuvor eingereichte Rücktrittsgesuch des Landwirtschaftsministers Nitish Kumar infolge Differenzen innerhalb seiner Partei, Samata, ab.
- 22.01. Die Präsidentin der oppositionellen Kongresspartei, Sonia Gandhi, vollzieht während ihres Besuchs auf der Kumbh Mela in Allahabad ein „heiliges Bad“ im Ganges und ersucht um den Segen von Swami Swaroopanand, Shankaracharya von Jyotishpeeth und Dwarka. Auf dem Höhepunkt der Mela, zwei Tage später, treffen rund 20 Millionen Menschen zusammen.
- 25.01. Die Maharani von Gwalior, Vijayraje Scindia, langjährige führende Persönlichkeit in BJP und VHP, stirbt 82-jährig.
- 26.01. Bei einem der schwersten Erdbeben in Indien kommen in der Gegend von Ahmedabad und Bhuj (Gujarat) rund 13.000 Menschen ums Leben. Die indische Regierung lehnt erstmalig ausländische Katastrophenhilfe nicht ab.
- 31.01. Der Minister für zivile Angelegenheiten Karnatakas, T. John, wird entlassen, nachdem dieser das Erdbeben in Gujarat als Strafe Gottes für die schlechte Behandlung von Christen und Minderheiten in diesem Unionsstaat bezeichnet hatte.
- 05.02. Der Koalitionspartner Paattali Makkal Katchi verlässt die NDA und entzieht somit der Regierung von A.B. Vajpayee die weitere Unterstützung.
- 06.02. Das Kabinett beschließt ein Rauchverbot auf öffentlichen Plätzen und verbietet die Tabakwerbung.
- 07.02. Die Regierung bildet ein zehn Mitglieder umfassendes nationales Komitee für Katastrophenmanagement, dessen Vorsitz der Premierminister innehat.
- 10.02. Auf den Vorsitzenden des Darjeeling Gorkha Hill Council, S. Ghising, wird ein Anschlag verübt.

- 15.02. Der Sprecher der Kongresspartei, A. Sharma, bezeichnet die Angriffe von Freiwilligen der Shiv Sena sowie anderer RSS-Organisationen gegen die Feiern zum Valentinstag als „kulturellen Faschismus“. R. Kojiam, Samata-Partei, wird als neuer Chefminister Manipurs vereidigt.
- 16.02. Informationsministerin Sushma Swaraj beschuldigt den französischen Satellitenkanal Fashion Channel der Obszönität und signalisiert den Willen der Regierung, gegen die Ausstrahlung seiner Programme vorzugehen.
- 20.02. Der frühere Generalsekretär der KPI und Innenminister Indiens, Indrajit Gupta, stirbt im Alter von 82 Jahren an Krebs.
- 21.02. Der aus der KPI(M) ausgeschlossene ehemalige Parlamentsabgeordnete S. Chowdhury gründet unter dem Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus“ eine neue Partei.
- 24.02. Innenminister L.K. Advani eröffnet in Roing (Arunachal Pradesh) ein Festival zur Verehrung des Flusses Brahmaputra, dessen Ziel es sein soll, die nationale Integration zu fördern.
- 28.02. Der Chef des RSS, K.S. Sudarshan, ruft Muslime und Christen auf, „ihre Verbindungen zu Mekka und zum Vatikan aufzukündigen und sich zu indisieren“.
- 06.03. Der Imam der Jama Masjid von Delhi, Imam Syed Ahmed Bukhari, rechtfertigt die Zerstörung der Statuen von Bamiyan (Afghanistan) durch die Taliban als Vergeltung für den Angriff auf die Babri-Moschee in Ayodhya durch Hindunationalisten im Jahre 1992.
- 13.03. Das Online-Nachrichtenmagazin Tehelka.com überführt die Regierung, mehrere Politiker der Regierungsparteien und Beamte der Armee der Bestechlichkeit. Daraufhin müssen eine Reihe von Personen von ihren Ämtern zurücktreten, u.a. der Vorsitzende der BJP sowie der Verteidigungsminister. Zwei Tage später verlässt die Trinamool-Partei die Regierungskoalition der NDA.
- 15.03. In Neu-Delhi gründet sich die People's Front (Lok Morcha) unter dem Vorsitz von Jyoti Basu als dritte politische Kraft des Landes jenseits von Kongresspartei und NDA.
- 17.03. Die Zahl der Todesopfer der Ausschreitungen in Kanpur zwischen Polizei und Muslimgruppen, die infolge der angeblichen Verbrennung eines Korans am Vortage ausgebrochen waren, steigt auf zehn.

- 18.03. Die Präsidentin der Kongresspartei, Sonia Gandhi, sagt auf der 81. Plenartagung ihrer Partei in Bangalore, dass ihre Partei „alles unternehmen wird, um das Land von der korrupten, schändlichen und kommunalistischen Regierung Vajpayees zu befreien“. Das Büro des Premierministers verneint Anschuldigungen des RSS, dass es als außerhalb der Verfassung stehende Institution wirke. Außenminister J. Singh erhält zusätzlich das Verteidigungsministerium.
- 24.03. Der pensionierte Richter des Obersten Gerichts K. Venkataswami übernimmt die Leitung des Ausschusses, der die Umstände der Tehelka-Kontroverse untersuchen soll. Premierminister A.B. Vajpayee hatte zuvor an die Medien appelliert, in ihrer Berichterstattung die Grenzen des Anstands nicht zu überschreiten. Auf der Tagung der Nationalexecutive der BJP gestand er hingegen ein, dass die Tehelka-Kontroverse „Mängel des Systems“ offenbart habe. Die Exekutive der BJP bestätigt J. Krishnamurthy als neuen Präsidenten der Partei.
- 27.03. Das Informationsministerium weist Vorwürfe, dass die diesjährige Verleihung des Nationalen Filmpreises politisch motiviert sei, als „grundlos“ zurück.
- 02.04. Der frühere Vorsitzende des Central Board of Excise and Customs, B.P. Verma, seine Söhne und zwei Angestellte werden wegen Bestechlichkeit vom CBI verhaftet.
- 03.04. Die Chefministerin von Delhi, Sheila Dixit, kritisiert das Urteil des Obersten Gericht, ein Fahrverbot für nicht mit Erdgas betriebene Busse und Taxen zu verhängen, nachdem der öffentliche Nahverkehr in der Hauptstadt aufgrund dieses Urteils nahezu zusammengebrochen war.
- 05.04. Die Regierung erklärt ihre Bereitschaft, mit der Hurriyat-Konferenz von Jammu und Kaschmir Verhandlungen zu führen, und ernennt den früheren stellvertretenden Vorsitzenden der Plankommission K.C. Pant zu ihrem Vertreter.
- 06.04. Der frühere Vizepremierminister und einflussreichste Politiker des Unionsstaates Haryana, Devi Lal, stirbt im Alter von 86 Jahren.
- 08.04. Die erste Tagung des All-India Muslim Law Board zu Frauenfragen kritisiert die wachsende Praxis der Mitgiftzahlungen als „unislamisch“. Des Weiteren soll das Scheidungsrecht reformiert werden.
- 09.04. Die Asom Gana Parishad (regionale Partei in Assam) tritt der NDA bei.

- 20.04. Das Oberste Gericht urteilt, dass Frauen im Vergleich zu ihren Brüdern im Erbfall schlechter gestellt werden, da sie nicht als Teil der Familie anzusehen seien, auch wenn sie nach einer Scheidung wieder im elterlichen Haushalt leben.
- 24.04. Die Kandidatur der früheren Chefministerin Tamil Nadus, Jayalalitha, für die Wahlen zum Staatenparlament wird von Wahlbeamten aufgrund von Korruptionsvorwürfen gegen sie abgelehnt. Nach einem Gespräch mit Sonia Gandhi zieht das langjährige Mitglied des Congress Working Committee, K. Karunakaran, seinen Rücktritt aus dem Komitee wieder zurück.
- 28.04. Die Zentralregierung verbietet die Deendar Anjuman als eine radikale Muslimorganisation, die einen „Jehad zum Ziele der vollständigen Islamisierung des gesamten Subkontinents führt“.
- 30.04. Innenminister L.K. Advani schließt Verhandlungen mit der United Liberation Front Assams (ULFA) aus.
- 08.05. K.N. Sahani (BJP) wird zum Gouverneur von Sikkim, A.R. Kohli zum Gouverneur von Mizoram und N.N. Jha zum Gouverneur-Leutnant der Andamanen und Nikobaren ernannt.
- 10.05. Aus den Parlamentswahlen zu fünf Staatenparlamenten geht die Opposition gestärkt hervor. Die Kongresspartei gewinnt in Kerala und Assam. Die Linke Front sichert sich zum sechsten Mal in Folge die Mehrheit in Westbengalen. Auch in Tamil Nadu tragen die in der NDA zusammengefassten Parteien keinen Sieg davon.
- 14.05. Die Generalsekretärin der AIADMK, J. Jayalalitha, wird zur Chefministerin von Tamil Nadu vereidigt.
- 16.05. Premierminister A.B. Vajpayee bezeichnet den Ausgang der Wahlen zu den Staatenparlamenten als Warnung für die NDA-Regierung, versichert jedoch, die eingeschlagenen Reformen, insbesondere in der Arbeitsgesetzgebung, fortzusetzen.
- 18.05. Die neue Regierung Assams unter T. Gogoi (Kongress) wird vereidigt. An den beiden vorangegangenen Tagen traten mit B. Bhattacharjee in Westbengalen und A.K. Antony (Kongresspartei) in Kerala die aus den Wahlen hervorgegangenen Regierungen ebenfalls ihr Amt an.
- 21.05. Der Konflikt zwischen den Partnern in der NDA, BJP und Samata, tritt offen zutage, als die Samata-Regierung in Manipur unter R.B. Koijam im Parlament des Unionsstaates durch die Neinstimmen der BJP-Abgeordneten die Vertrauensfrage verliert.
- 23.05. Die Regierung beendet den sechs Monate vorher begonnenen sog. „Waffenstillstand“ in Jammu und Kaschmir. Innenminister L.K. Advani stellt der Öffentlichkeit den von einer Ministergruppe ausgearbeiteten Bericht zur Reform des nationalen Sicherheitssystems vor.

- 29.05. Vertreter der People's Front, bestehend aus CPI, CPI(M), RSP, Forward Bloc und Samajwadi Party, verabschieden in New Delhi ein gemeinsames Minimalprogramm. Der Chefminister von Andhra Pradesh und Vorsitzende der TDP, N. Chandrababu Naidu, ist der Auffassung, dass die regionalen Parteien an Stärke gewinnen, und fordert daher mehr Machtabgabe vom Zentrum.
- 01.06. Innenminister L.K. Advani nimmt in Leh (Ladakh) eine Zeremonie der Verehrung (Darshan) des hauptsächlich durch Pakistan fließenden Indus vor.
- 02.06. Der Unionsstaat Manipur wird der Direktherrschaft durch die Zentralregierung unterstellt.
- 13.06. J.M. Lyngdoh übernimmt das Amt des Leiters der Wahlkommission. B.B. Tandon wird neues Mitglied der Kommission.
- 16.06. Die Präsidentin der Kongresspartei, Sonia Gandhi, bekräftigt die Politik ihrer Partei, die Arbeit der Kommission zur Überprüfung der Verfassung zu boykottieren.
- 18.06. Als Protest gegen die vier Tage zuvor erfolgte Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens zwischen der Regierung und dem Naga Council werden das Parlament Manipurs und andere Regierungsgebäude in Brand gesteckt. Bei Ausschreitungen in der Hauptstadt Imphal sterben 13 Menschen.
- 20.06. Das CBI reicht beim Obersten Gericht eine Klage zur Überprüfung des Urteils des Sondergerichts ein, das am 4. Mai die Anklagen gegen 21 von 47 an der Zerstörung der Babri-Moschee im Jahre 1992 beschuldigten Personen fallen gelassen hatte.
- 22.06. 58 Personen sterben bei einem Zugunglück in der Nähe von Kozhikode (Kerala).
- 24.06. Eine hochrangig besetzte Konferenz religiöser Führer und Oberhäupter warnt vor einer weiteren Abnahme der Geburtenrate bei Mädchen.
- 25.06. Die Ministerin für Sport und Jugend Uma Bharti tritt der militanten Jugendorganisation des VHP, Bajrang Dal, bei.
- 26.06. Die Regierung verlängert die Amtszeit des Kabinettssekretärs T.R. Prasad.
- 30.06. Der ehemalige Chefminister von Tamil Nadu, M. Karunanidhi, und der pensionierte Chefsekretär K.A. Nambiar werden aufgrund von Vorwürfen wegen Korruption während ihrer Amtszeit verhaftet. Karunanidhi wird am 04.07. entlassen. Die Gouverneurin von Tamil Nadu, Fathima Beevi, tritt aufgrund der darauf entstandenen Kontroverse am folgenden Tag zurück.
- 19.07. Das Oberste Gericht annulliert die Wahl des Präsidenten der Jharkhand Mukti Morcha (S), S. Soren, zur Rajya Sabha.

- 19.07. Die Zentralregierung sagt den rund 5 Mio. von der Flutkatastrophe in Orissa betroffenen Personen Hilfe in Höhe von 1,2 Mrd. Rupien zu.
- 21.07. 13 Personen werden bei einem Angriff von Terroristen der Organisation Lashkar-e-Toiba auf dem alljährlichen Pilgerweg zur Höhle Amarnath in Jammu und Kaschmir getötet.
- 22.07. Der einflussreiche Politiker im westlichen Uttar Pradesh, der Führer der Rashtriya Lok Dal Ajit Singh, tritt in die Unionsregierung ein und erhält das Landwirtschaftsressort.
- 24.07. Das Oberste Gericht weist die Regierung von Haryana an, das rund 2 km<sup>2</sup> große Grundstück, das sie 1990 dem damaligen Premierminister Chandra Shekhar übereignet hatte, von diesem zurückzufordern.
- 25.07. Die als „Königin der Räuber“ bekannte Abgeordnete der Samajwadi Party Phoolan Devi wird vor ihrer Privatresidenz in Neu-Delhi erschossen. Das Motiv der Tat bleibt im Unklaren.
- 25.07. Die Paattali Makkal Katchi kehrt in die Regierungskoalition der NDA zurück.
- 27.07. Die Zentralregierung beschließt, dass Waffenstillstandsabkommen mit dem Naga Council vom Juni d.J. auf den Unionsstaat Nagaland zu begrenzen.
- 31.07. Premierminister A.B. Vajpayee bietet als Reaktion auf wachsende Kritik an seiner Regierung seinen Rücktritt an, nimmt dies jedoch später wieder zurück.
- 03.08. Der Imam der Jama Masjid von Delhi ruft die Muslime dazu auf, eine eigene Partei zur Rettung des Islams in Indien zu gründen.
- 06.08. 25 Personen sterben bei einem Brand in einem Wohnheim für geistig Behinderte in Erwadi (Tamil Nadu).
- 08.08. Die Regierung erteilt den Sicherheitskräften in vier weiteren Distrikten in Jammu und Kaschmir, darunter Doda und Jammu, Sondervollmachten.
- 10.08. Protestmarsch von Hunderten von Studenten in New Delhi gegen die Einführung von vedischer Astrologie und brahmanischen Ritualen als Universitätsfächer.
- 12.08. Außen- und Verteidigungsminister Jaswant Singh nimmt an der Abschlussveranstaltung des RSS-Ausbildungslagers in Bangalore teil. Die kommunalistischen Beziehungen verschlechtern sich, nachdem in der Stadt Bhilwara (Rajasthan) eine weitere Moschee zerstört wurde.
- 14.08. Der ehemalige Polizeichef von Bombay, R.D. Tyagi, wird für seine Verwicklung in die kommunalistischen Unruhen des Jahres 1993 verhaftet.

- 17.08. Im Hinblick auf eine mögliche Fortsetzung der Amtszeit der derzeitigen Chefministerin von Tamil Nadu, Jayalalitha, urteilt das Oberste Gericht, dass Minister ohne Wahlmandat nicht länger als sechs Monate im Amt bleiben dürfen.
- 18.08. Auf einem Treffen mit Vertretern des RSS sagt Premierminister A.B. Vajpayee, dass die Wohlfahrtsmaßnahmen einiger christlicher Missionen aus dem Motiv der Bekehrung erfolgen, was „nicht angebracht“ sei.
- 26.08. Premierminister A.B. Vajpayee sichert die Lösung des Ayodhya-Problems auf dem Verhandlungswege bis zum kommenden März zu. Der Chefminister von Jammu und Kaschmir, Farooq Abdullah, droht nach Bemerkungen der Regierung, wonach die Wahlen in seinem Staat selten frei und fair gewesen seien, mit dem Rückzug seiner Partei, der National Conference, aus der NDA.
- 27.08. Der Trinamool Congress tritt wieder in die NDA ein. Damit wächst die Stärke der Regierungskoalition auf 304 (inkl. 29 Mandate der TDP) an.
- 29.08. Die Präsidentin der Kongresspartei, Sonia Gandhi, bezeichnet Fälle von Hungertod in Orissa angesichts übervoller Lebensmittellager als eine „Schande“.
- 30.08. Der langjährige Führer des Kongresses und Begründer des Tamil Manila Congress, G.K. Moopanar, stirbt in einem Krankenhaus von Chennai im Alter von 70 Jahren.
- 02.09. Im Zuge einer Kabinettsumbildung werden Sharad Yadav Minister für Arbeit und Ram Vilas Paswan Minister für Kohle und Bergbau. Ein Treffen mehrerer Chefminister und Bildungsminister lehnt die geplanten Änderungen in den Lehrplänen als einen Versuch der regierenden BJP ab, den Bereich der Bildung zur Instrumentalisierung der ideologischen Ansichten der BJP auszunutzen. Auf der UN-Weltkonferenz zu Rassismus in Durban (Südafrika) lehnt der Leiter der Delegation Indiens, Omar Abdullah, Staatsminister für Äußeres, es ab, die Frage der Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit in einer Kaste in die Agenda der Konferenz mit einzubeziehen.
- 05.09. Auf der 36. Jahreskonferenz der Polizeichefs kündigt Innenminister L.K. Advani die Prüfung der Verabschiedung einer Gesetzesvorlage an, die die Sicherheitskräfte vor gerichtlichen Nachforschungen bei ihrem Kampf gegen den Terrorismus schützen soll. Die Regierung bekräftigt ihre Absicht, langfristig die Energieversorgung des Landes durch die Ausbeutung einheimischer Nuklearressourcen zu gewährleisten.

- 06.09. B. Goswami wird zum Präsidenten der Asom Gana Parishad gewählt, nachdem zwei Tage zuvor sein Vorgänger P.K. Mahanta zum Rücktritt gezwungen worden war.
- 12.09. Das Oberste Gericht bestätigt, dass Sonia Gandhi indische Staatsbürgerin ist.
- 20.09. Die Hurriyat-Konferenz von Jammu und Kaschmir lehnt den Streikaufruf vier militanter Organisationen gegen ein mögliches USA-Engagement in Afghanistan ab.
- 21.09. Das Oberste Gericht hebt die Ernennung von Jayalalitha zur Chefministerin Tamil Nadus auf. O. Paneerselvam wird als neuer Chefminister des Unionsstaates vereidigt.
- 27.09. Die Zentralregierung verbietet die Student's Islamic Movement of India (SIMI) für zwei Jahre, woraufhin es in Lucknow zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt.
- 28.09. In einem Grundsatzurteil legt das Oberste Gericht fest, dass muslimische Frauen sich im Falle der Scheidung für Almosenzahlungen nicht auf das Strafrecht berufen können, sondern dass der Mann verpflichtet ist, angemessene Zahlungen an seine geschiedene Frau zu leisten. Der Chefminister Rajasthans, A. Gehlot, fordert ein Verbot des Bajrang Dal ähnlich dem der SIMI.
- 30.09. Der stellvertretende Vorsitzende der Kongresspartei in der Lok Sabha, Madhavrao Scindia, und sieben ihn begleitende Personen sterben bei einem Flugzeugabsturz im Distrikt Mainpuri (Uttar Pradesh).
- 01.10. 36 Personen sterben bei einem Selbstmordattentat der Terrororganisation Jaish-e-Mohammad auf das Parlamentsgebäude von Jammu und Kaschmir in Srinagar. Generalleutnant Pankaj Joshi übernimmt das neu geschaffene Amt des Chief of Integrated Defence Staff.
- 05.10. Auf einer Konferenz der Chefsekretäre und Polizeichefs der Unionsstaaten warnt Innenminister L.K. Advani vor Angriffen durch Terrorgruppen mit nuklearen, biologischen und chemischen Waffen.
- 07.10. BJP-Führer und RSS-Funktionär N. Modi wird als neuer Chefminister von Gujarat vereidigt, nachdem K. Patel vier Tage zuvor sein Amt aufgegeben hatte.
- 12.10. Die Präsidentin der Kongresspartei, Sonia Gandhi, fordert, dass Änderungen in den Textbüchern des National Council of Educational Research and Training (NCERT) nicht die „grundlegenden und säkularen Werte“ beeinträchtigen dürfen. Bildungsminister M.M. Joshi hatte am 06.10. angewiesen, „umstrittene Passagen“ aus den Geschichtsbüchern zu streichen, worin Historiker den Versuch sahen, den Charakter der Verfassung zu untergraben.

- 14.10. Aktivisten der Jugendorganisation der BJP verschaffen sich gewaltsam und randalierend Zutritt zum Taj Mahal in Agra und nehmen kleinere Zerstörungen am Gebäudekomplex vor.
- 15.10. George Fernandes (Samata), der nach dem Tehelka-Skandal sein Amt aufgeben musste, wird als Verteidigungsminister wieder vereidigt. Harin Pathak (BJP) wird Staatsminister für Verteidigung.
- 16.10. Das Kabinett stimmt der Einführung einer neuen Antiterrorgesetzgebung, Prevention of Terrorism Ordinance, 2001 (POTO), zu. Am 02.11. drängt Innenminister L.K. Advani die Opposition, diesem Gesetz zuzustimmen, da sie mit ihrer Ablehnung die Terroristen unterstützen würde.
- 17.10. Etwa 200 Aktivisten des VHP erzwingen für etwa zweieinhalb Stunden den direkten Zugang zum Allerheiligsten am provisorischen Rama-Tempel in Ayodhya.
- 21.10. Spannungen in der Regierung treten erstmalig offensichtlich zutage, als Premierminister A.B. Vajpayee bei einer Veranstaltung zum 50. Jahrestag der Gründung der Bharatiya Jana Sangh, der Vorgängerpartei der BJP, sich über „eine wachsende Distanz ... zwischen der Organisation und der Regierung“ beklagt. Am 09.11. sagt der Sprecher des RSS, M.G. Vaidya, daraufhin, dass der Premierminister nicht über der Partei, die ihn zum Premier gemacht habe, steht.
- 30.10. Der Funktionär des RSS, B.S. Koshiary (BJP), wird zum neuen Chefminister des Unionsstaates Uttaranchal vereidigt.
- 31.10. Premierminister A.B. Vajpayee bezeichnet die Zerstörung des Tempels von Somnath vor etwa 1100 Jahren als „einen der ersten Akte des Terrorismus“.
- 01.11. S.P. Bharucha wird als Chef des Obersten Gerichts vereidigt.
- 04.11. Tausende von Unberührbaren treten auf einer Zeremonie in Delhi zum Buddhismus über.
- 12.11. Der ehemalige wissenschaftliche Berater der Regierung, A.P.J. Kalam, der sein Amt vier Tage zuvor an R. Chidambaram übergeben hatte, bezeichnet die Nuklearbestände des Landes als „absolut sicher“.
- 16.11. 7. Tagung des wieder geschaffenen Inter-State Council in Neu-Delhi.
- 17.11. Auf der Tagung der Chefminister in Neu-Delhi drängt die Regierung auf die Verabschiedung des Antiterrorgesetzes.
- 18.11. Maneka Gandhi wird das Amt der Ministerin für Kultur entzogen.
- 22.11. Der Polizeichef der Hauptstadt Tamil Nadus verkündet ein Verbot von Diskotheken in Chennai, da sich diese „nicht“ in die indische Kultur einfügten.

- 25.11. Eine Konferenz von Abgeordneten und Wahlbeamten Indiens zu „Disziplin und Anstand im Parlament und in den Staatenparlamenten“ verabschiedet eine Resolution, die das parlamentarische Verhalten regeln soll.
- 27.11. Treffen zwischen dem Chef des RSS, K.S. Sudarshan, und dem Präsidenten der Katholischen Bischofskonferenz von Indien, Erzbischof Dr. C.M. Baselios. K. Badungar wird zum 36. Präsidenten des Shiromani Gurdwara Prabandhak Committee gewählt.
- 04.12. Das Oberste Gericht von Madras spricht die frühere Chefministerin von Tamil Nadu, Jayalalitha, in zwei Verfahren vom Vorwurf der Korruption frei.
- 05.12. Die Zentralregierung erklärt die vor allem in Bihar, Orissa und Andhra Pradesh operierenden People's War Group und Maoist Communist Centre unter den Bestimmungen des POTO zu „terroristischen Organisationen“ und verbietet sie.
- 07.12. Das Oberste Gericht von Neu-Delhi lässt eine Klage der Naz Foundation zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des Artikels 377 des Strafgesetzbuches, der homosexuelle Handlungen unter Strafe stellt, zu. Dieser Artikel erlangte u.a. internationale Beachtung als im Sommer vier in der AIDS-Aufklärung tätige Aktivisten derselben Organisation in Lucknow (Uttar Pradesh) aufgrund dieses Artikels verhaftet worden waren.
- 08.12. Dr. F.A. Khonglam, Führer des People's Forum, wird als neuer Chefminister von Meghalaya vereidigt, nachdem am Tage vorher die alte Regierung unter E.K. Mawlong die Abstimmung zur Vertrauensfrage im Parlament des Unionsstaates verloren hatte.
- 13.12. Ein Terrorkommando stürmt das Parlamentsgebäude in Neu-Delhi und liefert sich einen dreißig Minuten langen Schusswechsel mit den Sicherheitskräften. Es kommen dabei insgesamt elf Menschen ums Leben, eingeschlossen die fünf Angreifer.
- 29.12. Die Regierung entscheidet sich, das Antiterrorgesetz, POTO, erneut dem Präsidenten als Erlass vorzulegen, nachdem die Verabschiedung des Gesetzes während der Wintersitzung des Parlaments am Widerstand der Oppositionsparteien gescheitert war.